

Westafrika und der Sahel im Sog der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus – zum Start der UN-Mission in Mali

Winrich Kühne

Am 25. April 2013 beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) die bisherige westafrikanische Friedensmission in Mali (*African-led International Support Mission in Mali* – AFISMA) in eine Kapitel-VII-Mission der UN umzuwandeln. Am 25. Juni gab er grünes Licht, dass die Übergabe wie geplant zum 1. Juli 2013 erfolgen soll. Die autorisierte Stärke dieser Mission (*UN Stabilization Mission in Mali* – MINUSMA) beträgt 11.200 Soldaten und 1.440 Polizisten und Polizistinnen¹, einschließlich einiger für den kurzfristigen Einsatz in Reserve bereitgehaltener Truppen. Zum Leiter der Mission wurde der frühere holländische Entwicklungshilfeminister Bert Koenders berufen, der als bisheriger Chef der UN-Mission in Côte d’Ivoire bereits Erfahrung mit schwierigen Friedenseinsätzen hat. Eine Eingreiftruppe der Franzosen mit ca. 1.000 Soldaten, ausgestattet mit einem offensiveren Mandat, wird MINUSMA zur Seite stehen.

MINUSMA wurde mandatiert, die Übergangsbehörden Malis in zwei Bereichen zu unterstützen: Erstens bei der Stabilisierung, v. a. beim Schutz der Bevölkerung, Wiederherstellung der staatlichen Autorität in ganz Mali, Umbau des Sicherheits- und Justizsektors, Auflösung von Milizen und Entwaffnung von Kombattanten; zweitens bei der Überwindung der Konfliktursachen durch einen nationalen Dialog- und Versöhnungsprozess, die Durchführung freier und fairer Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sowie den Schutz von Menschenrechten. Über die grundlegenden Schwierigkeiten einer derartigen Mission darf man sich keine Illusionen machen. Denn es geht keineswegs nur um die Reparatur eines gescheiterten Staates und die Lösung des Tuareg-

Problems, sondern auch um das Management einer sehr viel grundsätzlicheren, regionale ebenso wie globale Elemente umfassenden Destabilisierungsproblematik: Die von der lateinamerikanischen Drogenmafia betriebene und vom europäischen Kokainkonsum weitgehend finanzierte *organisierte transnationale Kriminalität* in Westafrika und dem Sahel in ihrer Verquickung mit dem *internationalen Terrorismus*. Die Tatsache, dass die terroristischen Gruppierungen im Norden Malis ihre solide finanzielle Basis von mehreren 100 Mio. EUR maßgeblich diesem Drogenhandel und dem Freikaufen von Geiseln verdanken, kommt in der deutschen und europäischen Diskussion so gut wie nicht vor.²

¹ Im Folgenden wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form verwendet. Es können dabei aber sowohl weibliche als auch männliche Personen gemeint sein.

² Als weitere Geldgeber werden Katar und möglicherweise andere arabische Staaten genannt.

Mali – zum Scheitern einer hoffnungsvollen Demokratisierung

Die völlige Unfähigkeit von Regierung, Staat und Militär in Mali auf das Wiederaufflammen des Tuareg-Konflikts Anfang 2012 angemessen zu reagieren, hat international überrascht. Das Land, das seit Anfang der 1990er Jahre als einer der Hoffnungsträger einer erfolgreichen Demokratisierung in Afrika galt, brach innerhalb weniger Wochen zusammen. Die Armee setzte den im Norden schnell vorrückenden Tuareg-Truppen so gut wie keinen Widerstand entgegen. Stattdessen putschten Teile von ihr unter der Führung eines bis dato völlig unbekanntes Hauptmanns gegen eine politische und militärische Führung, die die Armee bei den Kämpfen im Norden allein gelassen und sich seit Jahren auf Kosten ihrer Gehälter und Ausrüstung bereichert hatte.

Es war dieser Putsch, der mit einem Schlag den Schleier einer erfolgreichen Demokratisierung Malis wegriss und den Blick auf eine erschreckende Wirklichkeit freigab. Die politische Elite des Landes, an ihrer Spitze Präsident Amadou Toumani Touré, hatte sich seit Jahren offensichtlich nicht um eine Konsolidierung des Landes gekümmert, sondern vor allem um ihre persönliche Bereicherung und ihren Machterhalt – und dabei den Staat ebenso wie die Armee weitgehend erodieren lassen.

Die heute überwiegend gängige Erklärung für diesen Zustand allerdings, dass nämlich die Hoffnung auf eine erfolgreiche Demokratisierung Malis von vornherein illusionär war, greift zu kurz. Ein Blick zurück auf die Ereignisse in Mali Anfang der 1990er Jahre, dem Zeitpunkt also, als eine mächtige Welle der Demokratisierung durch Subsahara-Afrika lief, zeigt etwas anderes. Zu dieser Zeit formierte sich auch in Mali der Widerstand von Studenten und gewerkschaftlichen Gruppen gegen das Regime von Moussa Traoré. Die Tatsache, dass er selbst 1968 das autoritär-korrupte Regime von Modibo Keita gestürzt hatte, hinderte ihn nicht daran, bald ebenso korrupt und autoritär zu regieren. Er war daher entschlossen, den Widerstand der Studenten, Gewerkschaften und weiter Teile der malischen Gesellschaft

blutig niederzuschlagen. Durchführen sollte das ein Mann, der zu diesem Zeitpunkt Oberst und Kommandant der Präsidentengarde war, Amadou Toumani Touré, der spätere Präsident, in Westafrika zumeist einfach ATT genannt.

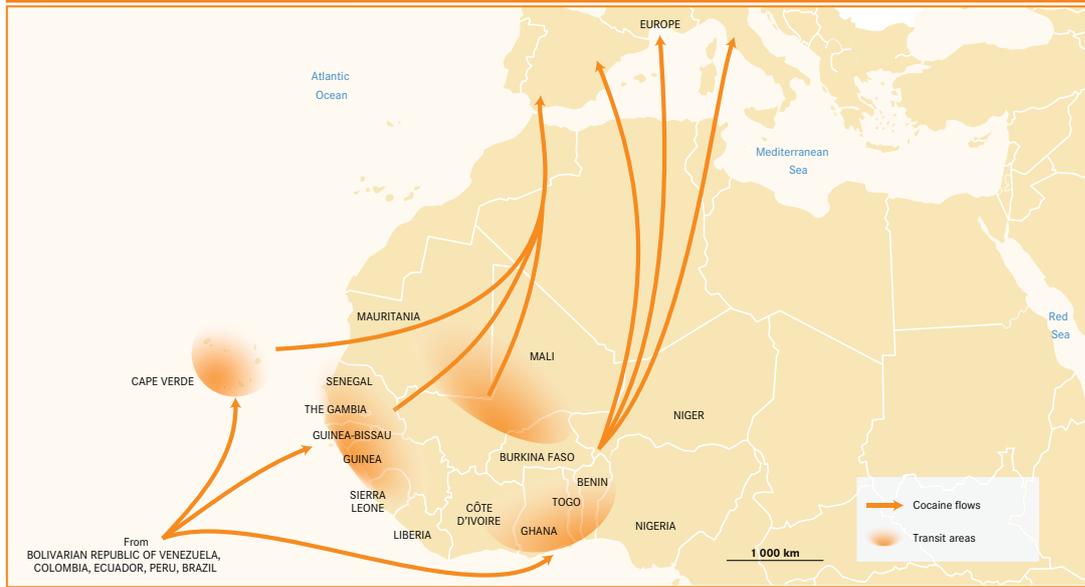
Touré vollzog jedoch eine überraschende Wende. Er verweigerte mit seinen Einheiten den Befehl, verhaftete Präsident Traoré und weitere Politiker und übernahm übergangsweise die Macht. Beobachter betrachteten diesen Putsch mit Misstrauen. Die Fälle, in denen die Militärs ihre Versprechung wahr gemacht und die Macht sobald wie möglich zurück in zivile, demokratische Hände gegeben hatten, waren allzu rar. Touré und seine Mitstreiter jedoch setzten kurze Zeit nach ihrer Machtübernahme den von den Studenten und Gewerkschaften geforderten Demokratisierungsprozess in Gang. Touré selbst übernahm den Vorsitz einer „Nationalen Konferenz“, die im Sommer 1991 eine neue Verfassung ausarbeitete.

Im Februar 1992 fanden die in ihr vorgesehenen Wahlen für ein neues Parlament und einen Präsidenten statt. Die Wahlen gewann Alpha Oumar Konaré, ein Oppositioneller des alten Regimes. Touré und seine Offiziere kehrten in ihre Kasernen zurück. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Stabilität des Landes und auch der Demokratisierungsprozess Malis in dieser Zeit gefestigt wurden, trotz zahlreicher Probleme. Beweis dafür ist unter anderem die Tatsache, dass Konaré 2002 bereit war, sein Amt nach der zweiten Amtsperiode verfassungsgemäß abzugeben – ganz anders als eine Reihe anderer afrikanischer Präsidenten, die versuchen genau diese Errungenschaft der Demokratisierung in Afrika mit allen Mitteln zu unterlaufen.

Nachfolger Konarés wurde Touré. Er hatte 2001 seinen Militärdienst quittiert und gewann die Wahlen 2002 mit deutlicher Mehrheit, ebenso wie die in 2007. In Afrika ebenso wie weltweit knüpften sich an die Präsidentschaft Tourés große Hoffnungen. Unter Afrikanern war er als „Soldier of Democracy“ populär und vermittelte in den 1990er Jahren für die *Organisation of African Unity* (OAU) in der von Militärrevolten und Rebellengruppen geschüttelten Zentralafrikanischen



Kokaintransitrouen von den Anden über Westafrika nach Europa



Republik (ZAR). 2001 berief Kofi Annan ihn als seinen Sonderbeauftragten nach erneuten Unruhen. Zugleich war er in dieser Zeit, wie der Autor selbst, Mitglied der internationalen „Lessons Learned“-Beratergruppe der UN. Im Hinblick auf seine Integrität genoss er einen tadellosen Ruf.

Die Ausgangssituation Tourés bei seinem Amtsantritt 2002 war alles andere als einfach. Mali gehörte auch damals schon zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. Hinzu kommt die enorme ethnisch-regionale Zerklüftung des Landes, angeheizt durch wiederholt schwere Dürren und durch das nur schwer auf einen Nenner zu bringende Spannungsverhältnis zwischen der Lebensweise der sesshaften Bevölkerung, wie den Bambaras im Süden und den Songhais sowie nomadischen oder halb-nomadischen Gruppen im Norden, insbesondere den Tuareg.³

Entscheidend für den unerwarteten Verfall Malis und der Regierung Touré wurden dann jedoch vor allem die Auswirkungen von zwei Entwicklungen, die das Land mit voller Wucht treffen: Bevölkerungsexplosion und das Auftauchen der lateinamerikanischen Drogenmafia in Westafrika.

Ein Bevölkerungswachstum von jährlich 2,5–3%, wie es Mali in den letzten Jahrzehnten hatte, bedeutet de facto, dass die Bevölkerung sich in einem Zeitraum von rund 25 Jahren (1987–2012) verdoppelte.⁴ Es liegt auf der Hand, dass es in einem so ressourcenschwachen Land wie Mali fast einem Wunder gleichkäme, wenn eine Wirtschaftspolitik gefunden würde, die diese Bevölkerungsexplosion mit entsprechend hohen wirtschaftlichen Zuwachsraten auffangen kann. Macht man sich vor allem eine Folge dieser Bevölkerungsexplosion klar, nämlich das extreme Anwachsen der Zahl von Jugendlichen („youth bulge“), die keine Perspektive auf eine ordentliche Beschäftigung oder eine Familie haben, dann versteht man, warum Westafrika und der Sahel einen so fruchtbaren Boden für das Vordringen der organisierten Kriminalität und des islamistischen Terrorismus bieten.

Westafrika und die lateinamerikanische Drogenmafia

Es ist noch nicht lange her, dass die Stimmung in Westafrika im Hinblick auf Demokratisierung im Wesentlichen positiv war. Die Region schien sich nach den schwierigen 1990er Jahren mit den Konflikten in Sierra Leone, Liberia und anderen Ländern in einer zwar langsamen, aber insgesamt

³ Tuareg und andere nomadischen Gruppen stellen nur einen relativ kleinen Teil der Bevölkerung Malis, insgesamt höchstens 5%. Über 90% der Bevölkerung leben im Süden, mit über 50% in ihrer großen Mehrheit Bambaras (im übrigen Malinké, Sarakole, Dogon etc.).

⁴ Zum Vergleich: In Deutschland zog sich die Verdoppelung der Bevölkerung über einen Zeitraum von mehr als einhundert Jahren hin, nämlich von ungefähr 1870 bis Mitte der 1990er Jahre.

Ob es diesen Rückgang des Drogentransports jedoch tatsächlich gegeben hat, ist unklar. Denn die Schätzungen beruhen auf den beschlagnahmten Mengen, nicht auf den tatsächlich gehandelten.

Es sind vor allem Guinea-Bissau, Mali und Guinea, die als erste genannt werden, wenn es um das Ausmaß der Verquickung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität mit Politik, Staat und Wirtschaft geht. Mohamed Ibn Chambas, lange Zeit Generalsekretär und Präsident von ECOWAS und intimer Kenner der westafrikanischen Politik, hat Details dieser Verquickung kürzlich eindrucksvoll beschrieben. So nennt er zum Beispiel „die Beschlagnahme eines Jets am Flughafen von Lunghi in Sierra Leone im Juli 2008, der mit 700 Kilogramm Drogen im Verkaufswert von etwa 60 Millionen US-Dollar beladen war, zwei mit Drogen beladene Jets, die am Flughafen von Bissau im September 2008 beschlagnahmt wurden und eines ähnlichen Jets, der in Boké in Guinea-Conakry landete. UNODC meldete den Fall einer Boeing, die 2009 auf einer Piste in der Wüste im Norden Malis landete. Man glaubt, dass die Händler ihre Drogenfracht auf Allradfahrzeuge luden und dann das Flugzeug verbrannten. Und in Guinea gestand der Sohn des verstorbenen Präsidenten Lansana Conté [...] seine aktive Beteiligung am Drogenhandel, während im benachbarten Guinea-Bissau Mitarbeiter des Militärs angeblich einen Menschenkorridor bildeten, um das Abladen mit Drogen beladener Jets zu erleichtern.“⁷

Westafrikanische Experten gehen davon aus, dass die Drogenmafia inzwischen in den meisten Staaten der Region tätig ist. Diese Auffassung wird auch durch den neuesten Bericht von UNODC „Transnational Organized Crime in West Africa: A Threat Assessment“ bestätigt. Neben Benin, Gambia und anderen kleineren Staaten wird insbesondere auch Nigeria mit den speziellen kriminellen Verbindungen der nigerianischen Drogenmafia nach Brasilien als ein Hauptakteur genannt. Darüber hinaus scheinen selbst relativ stabile Demokratien wie Ghana und der Senegal zunehmend von einer Unterwanderung durch die organisierte Kriminalität betroffen zu sein.⁸

Dramatischer ist das Ausmaß der kriminellen Durchdringung von Guinea-Bissau: So gelang es im April dieses Jahres der US-amerikanischen *Drug Enforcement Administration* (DEA), den ehemaligen Chef der Marine Guinea-Bissaus, Admiral Bubo Na Tchuto, zusammen mit einer Reihe weiterer Verdächtiger in internationalen Gewässern festzunehmen. Zugleich setzte die Bundesstaatsanwaltschaft in New York den Chef der Armee Guinea-Bissaus, General Antonio Injai, wegen seiner Beteiligung am Drogenhandel auf die Strafverfolgungsliste. Zusammen mit anderen sollen beide Offiziere eine Schlüsselrolle beim Import tausender Kilos von Kokain nach Guinea-Bissau im Austausch von Waffen für die kolumbianische FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*), darunter Boden-Luft-Raketen, gespielt haben. Injai war an verschiedenen Militärcoups gegen demokratisch gewählte Regierungen in Guinea-Bissau führend beteiligt, der letzte im April 2012.⁹ Die amerikanische Staatsanwaltschaft hat verlauten lassen, dass sie davon ausgeht, dass der gegenwärtige Interimspräsident, Manuel Serifo Nhamadjo, mit einiger Sicherheit in diese Geschäfte eingeweiht war.

Mali – Schaltstelle der organisierten transnationalen Kriminalität und des islamistischen Terrorismus

Die lateinamerikanische Mafia bedient sich beim Drogenhandel nach Europa verschiedener Routen. Mali war dabei bisher eine der wichtigsten Schaltstellen. Ein Grund ist, dass die Tuareg und andere nomadische Gruppen im Norden schon seit vor-kolonialen Zeiten viel Erfahrung im Trans-Sahara-Handel hatten, mit wechselnden Gütern. Sie kennen also bestens das Gelände sowie die praktischen Anforderungen und Fallstricke eines solchen Handels. Außerdem lässt ihnen die Verknappung ihrer Lebensressourcen durch Dürren und entwicklungspolitische Vernachlässigung seitens Bamako häufig gar keine andere Wahl, als nach neuen Einkommensmöglichkeiten zu suchen. Jobs bei der organisierten

⁷ Mohamed Ibn Chambas, „ECOWAS: Herausforderung Fragilität und Gewalt“, in: Georg Lennkh u. Irene Freudenschuss-Reichl (Hrsg.), „Nachbar Afrika – Dimensionen eines Kontinents“, Wien 2010, S. 123–129 (S. 124).

⁸ Vgl. UNODC, s. o., S. 9ff.

⁹ Vgl. New York Times, 15.04. und 18.04.2013 sowie 01.11.2012.

Kriminalität sind dabei durchaus willkommen, auch wenn die daraus folgende Kriminalisierung der Tuareg-Kultur bei einer Reihe von Tuareg-Gruppen und ihren Führern nicht unbedingt populär ist.

Einen zweiten Grund für das Abgleiten des Nordens in Kriminalität und Terrorismus, und schließlich für seinen eigenen Sturz, lieferte Touré selbst. Denn trotz seiner an sich bemerkenswerten demokratischen Vita setzte er die fatale Praxis seiner Vorgänger fort, den Norden durch Manipulation der ethnischen Divergenzen und dortigen Netzwerke zu kontrollieren, anstatt alles daran zu setzen, ihn in einen funktionierenden Staat zu integrieren. Zwar bemühte er sich nach seinem Amtsantritt 2002 um einen konstruktiven Dialog und Aussöhnung mit den Tuareg. Er ließ es dabei aber an der notwendigen Entschiedenheit fehlen, nicht zuletzt auch was das Vorgehen gegen problematische Praktiken seiner eigenen politischen Umgebung in Bamako betraf – und fiel dann in die alten Praktiken zurück.

Einen Quantensprung machte diese Politik ungefähr ab 2006, als die islamistische Terrorbewegung AQIM (*Al-Qaeda in the Islamic Maghreb*) – hervorgegangen aus der vom algerischen Staat erfolgreich bekämpften GSCP (*Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat*) und der GIA (*Groupe Islamique Armé*) – sich nach Mali zurückzog. Das Auftauchen ihrer kampferprobten Kader brachte eine neue Qualität in die kriminell-terroristischen Gruppen des Nordens. Zugleich machte die AQIM-Führung etwas sehr Geschicktes: Sie animierte ihre Kämpfer, in lokale Tuareg-Familien einzuheiraten, wohl wissend, dass in der Tuareg-Kultur Eingehetate Teil der Familie und des Clans werden und damit alle Privilegien und deren volle Solidarität genießen.

Das Erstarken von AQIM und in ihrem Gefolge von zwei weiteren, sich als islamistisch proklamierenden Bewegungen, *Ansar Dine* (Unterstützung des Glaubens) und *MUJAO (Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest)*, hatte schließlich eine dritte, fatale Folge: Geiselnahmen, vor allem von Europäern (darunter auch Deutsche), wurden eine entscheidende Einnahmequelle

für die Finanzierung ihres Kampfes. Damit war der Schlusspunkt gesetzt in einer Entwicklung, in der sich Geiselnahmen, Drogenhandel und terroristische Aktivitäten in kriminell-terroristischen Netzwerken vereinigt haben – Netzwerke, die von außen nur schwierig zu bekämpfen sind und in die sich lokale Elemente, wie der Tuareg-Konflikt, problemlos einfügen.

Was Touré selbst betrifft, hatte seine Politik eine unausweichliche Folge. Er und seine politisch-militärische Entourage, wohl einschließlich seiner Familie, wurden zunehmend zu Kollaborateuren dieser kriminellen Netzwerke. Sie profitierten von ihnen nicht unbeträchtlich. Zugleich setzte Touré den 2006 mit den Tuareg geschlossenen Friedensvertrag mehr schlecht als recht um. Es war daher nur eine Frage der Zeit, wann die Tuareg die nächstbeste Gelegenheit zu einem erneuten Aufstand ergreifen würden. Diese Gelegenheit kam mit dem Sturz Gaddafis und dem Zurückfluten einer Reihe gut ausgebildeter und ausgerüsteter Tuareg-Einheiten nach Niger und Mali Ende 2011.

Strategische Empfehlungen zur Stabilisierung Malis, Westafrikas und des Sahels

In Westafrika und Mali geht es also nicht einfach um eine vordergründige Lösung des Tuareg-Problems oder eine schnelle, aber dann nicht nachhaltige Stabilisierung Malis. Die überhastete Durchführung einer schlecht organisierten und im Hinblick auf ihre Integrität unglaubwürdigen Präsidentschaftswahl Ende Juli steht in Gefahr, genau das zu tun.

An sorgenvollen Stimmen aus der Zivilgesellschaft Malis und von internationalen Experten fehlt es in dieser Hinsicht nicht. Maßgebliche internationale Geber, wie die USA und die EU, sowie die politische Klasse in Bamako befinden sich mit ihrem Wunsch nach schnellen Wahlen in einer eigenartigen, wenn auch ungewollten Allianz: Die Geber brauchen für die Freigabe ihrer Hilfsmittel möglichst schnell eine formal-demokratisch legitimierte Regierung in Mali und Politiker in Bamako sehen in eiligen und damit schlecht organisierten Wahlen die beste Möglichkeit, ihre Macht zu sichern.



Auch der Mitte Juni hastig ausgehandelte Waffenstillstand zwischen den Tuaregbewegungen MNLA (*Mouvement de Libération de l'Azawad*) und HCUA (*Haute Conseil pour l'Unité de l'Azawad*) kann die Bedenken gegen schnelle Wahlen nicht ausräumen. Das Abkommen erlaubt der mali-schen Armee „in Begleitung“ von französischen Soldaten und Einheiten der UN-Mission in das von den Tuareg besetzte Kidal vorzurücken; die beiden Bewegungen erkennen die territoriale Integrität Malis und dessen säkularen Charakter im Prinzip an (was die Tuareg auch schon in früheren Friedensabkommen getan haben). Im Übrigen aber wird die Klärung aller weiteren Fragen auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

Zugleich ist es allerdings auch völlig unrealistisch, zu hohe Erwartungen an einen „comprehensive approach“ zu stellen, durch den alle für die Destabilisierung Westafrikas und des Sahels verantwortlichen Faktoren in einer „umfassenden“ Weise in den Griff zu bekommen wären. Die maßgeblichen regionalen und internationalen Akteure sind, was ihre Kooperationsfähigkeit betrifft, nicht in der Lage, einen solchen Ansatz in einer integrierten Weise zu planen und umzusetzen. Auch die lokalen Akteure würden bei einem solchen Vorgehen nicht mitspielen. Realistisch und langfristig erfolgversprechend ist lediglich ein Vorgehen, das gezielt an bestimmten strategischen Punkten ansetzt und die internationalen und lokalen Akteure in einer „vernetzten“ Weise zusammenführt.

Grundlegend sind vor allem die drei folgenden Bereiche:

1. Stärkung von MINUSMA | Der Bericht des UN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat zur Autorisierung von MINUSMA vom 26. März 2013 (S/2013/189) nennt deutlich die Schwierigkeiten einer Stabilisierung Malis. Es fehlt bisher vor allem an einer realistischen Konkretisierung der Aufgaben der Mission, sowohl was die zur Verfügung stehenden Kapazitäten, als auch die Zeitachse betrifft. Für Kenner von Friedenseinsätzen in einer derart schwierigen Situation ist eines völlig klar: Mit den gegenwärtigen, im Wesentlichen von AFISMA und dem bestehenden

UN-Büro in Bamako übernommenen Kapazitäten wird die Mission nicht erfolgreich sein können. Die westafrikanischen Truppen sind überwiegend unzureichend ausgerüstet und ausgebildet.

Die Industrieländer werden sich daher überlegen müssen, wie sie die Mission – abgesehen von der französischen Eingreiftruppe – durch das Einfügen verschiedener hochqualitativer Elemente im Bereich Militär, Polizei und ziviler Experten zur Durchführung ihrer schwierigen Aufgabe befähigen können. Die Tatsache, dass der Bundestag am 15. Juni beschlossen hat, die bisherige logistische Unterstützung für AFISMA auch im Rahmen von MINUSMA durch den Einsatz von Transportflugzeugen sowie Einzelpersonal im Führungsstab und Verbindungsoffizieren in einer Gesamtstärke von bis zu 150 Militärs fortzusetzen, ist ein Schritt in die richtige Richtung, ebenso wie die geplante Entsendung von zehn Polizeibeamten. Die Tatsache, dass China sich relativ schnell zu einer Beteiligung von über 500 Peacekeepern bereit erklärt hat, sollte im Westen zu denken geben.

2. Armee und Sicherheitssektorreform (SSR) |

Der schnelle Einsatzbeginn der Trainingsmission der Europäischen Union in Mali (*EU Training Mission in Mali* – EUTM) ist zweifellos eine wichtige Demonstration Europas, die Probleme in Mali ernst zu nehmen. Das gilt nicht zuletzt wegen der signifikanten deutschen Teilnahme. Die Möglichkeiten dieser Missionen jedoch, zu einer umfassenden Reform der Armee und damit zur Stabilisierung Malis beizutragen, sind begrenzt. Ihr Mandat beschränkt sich gegenwärtig auf das Training von vier Bataillonen, also ca. 2.800 Soldaten, für den schnellen Kampfeinsatz.

Insgesamt sind die Erfahrungen mit derartigen Trainingsmissionen bisher ernüchternd. Zu einer umfassenderen und rechtsstaatlichen Konsolidierung in Armeen von Bürgerkriegsländern scheinen sie nichts oder nicht viel beitragen zu können (siehe etwa die Erfahrungen aus der Demokratischen Republik Kongo). Speziell für Mali sollte die niederschmetternde Erfahrung der Amerikaner mit ihrem millionenschweren Trainingsprogramm die Europäer warnen. Ein

Großteil der von ihnen ausgebildeten Offiziere und Mannschaften, in der Mehrheit Tuareg, liefen im entscheidenden Moment mit ihren Waffen zu den Aufständischen über.

Es sind vor allem zwei Gründe, derentwegen die Bilanz auf dem Gebiet der Sicherheitssektorreform bisher so ernüchternd ist: Erstens haben die lokalen Politiker und Militärs nur ausnahmsweise, wie etwa in Sierra Leone, in der Regel jedoch wenig Interesse an derartigen Reformen. Denn sie stellen eine direkte Gefahr für ihre Pfründe dar. Das wird in Mali nicht anders sein als in der DR Kongo. Zweitens ist die Bilanz der internationalen Akteure bei der Koordination und Integration ihrer Programme und Aktivitäten bisher überwiegend so schlecht, dass die lokalen Akteure ein Leichtes haben, sie im Sinne ihrer Interessen auszuspielen. (Ausnahme ist hier wiederum Sierra Leone, wo Großbritannien sich als energische Führungsnation bei der Durchführung von SSR profilierte.)

Die Sicherheitssektorreform in Mali wird daher überhaupt nur eine Erfolgchance haben, wenn sich die relevanten internationalen Akteure – also insbesondere die EU, UN und die USA in Abstimmung mit ECOWAS und der Afrikanischen Union (AU) – zu einem strategisch gut ausgerichteten und vernetzten Vorgehen zusammenfinden. Die Tatsache, dass es ohne eine erfolgreiche SSR keine dauerhafte Stabilisierung Malis geben wird, sollte dafür Anreiz genug sein.

3. Eindämmung von organisierter Kriminalität und Terrorismus | Eine Stabilisierung Malis, die Zurückdrängung der terroristischen Gruppen sowie die Prävention weiterer Destabilisierung in Westafrika und dem Sahel wird nur möglich sein, wenn der Kampf gegen die organisierte Kriminalität und den Terrorismus (und der sich im Golf von Guinea dramatisch ausweitenden Piraterie) zu einem strategischen Schwerpunkt gemacht wird. Zu Recht hat General Carter Ham, bis vor kurzem Kommandant des *United States Africa Command* (AFRICOM) in Stuttgart, davor gewarnt, dass sich im Sahelgürtel – vom Horn von Afrika bis nach Westafrika und in den instabilen arabischen

Norden – das bisher größte zusammenhängende, von terroristisch-kriminellen Bewegungen durchdrungene Gebiet aufbaut. Das Ausmaß der geopolitischen Verschiebung des Zwillingspaares organisierte Kriminalität und Terrorismus in den Sahel und nach Afrika, zur Zeit mit einem beträchtlichen Zufluss von Aktivisten aus Nordafrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten, wird in Europa und nicht zuletzt in Deutschland nach wie vor unterschätzt.

Afrika und speziell Westafrika – also die AU und ECOWAS – sowie die UN, die EU und die USA werden sich also zu einem gemeinsamen, gut vernetzten und langfristig angelegtem Vorgehen zusammenfinden müssen, wenn sie dieser Gefahr erfolgreich begegnen wollen. In Westafrika hat in den letzten Jahren das Bewusstsein für diese Gefahr zugenommen. Eine zunehmende Zahl von Initiativen zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus wurde ins Leben gerufen. Das jüngste Beispiel ist die im Januar 2013 von Kofi Annan gegründete *West African Commission on Drugs* unter dem Vorsitz des früheren nigerianischen Präsidenten Olusegun Obasanjo.

Was die USA, Europa und Deutschland betrifft, so resultiert ein entsprechendes Interesse aus der Tatsache, dass sich die Auswirkungen des engen Zusammenspiels von organisierter Kriminalität und Terrorismus in zunehmendem Maße bis in ihre eigenen Städte erstreckt, abgesehen von der unveränderten Gefahr von Geiselnahmen ihrer Staatsbürger im Sahel und Westafrika. In den nordafrikanischen Ländern wird diese Gefahr in den nächsten Jahren wohl noch zunehmen. Zugleich ist es aber notwendig, in einer Frage grundlegend umzudenken: Es ist nicht der Terrorismus per se, der die Hauptgefahr darstellt, sondern die inzwischen mehr oder weniger symbiotische Verbindung mit weiten Teilen der organisierten Kriminalität. Denn ein Terrorismus ohne Geld ist auf die Dauer zahnlos.

Dr. Winrich Kühne ist Gründungsdirektor des ZIF (2002–2009) und Steven Muller Professor am Bologna Center, School of Advanced International Studies (SAIS), Johns Hopkins University.